lege ich gegen Form und Inhalt dieser Funksprüche und Aufrufe auf das entschiedenste Protest ein.

Feldmarschalleutnant von Csiscseries, Oberst Gantschew und General der Kavallerie Izzet Pascha schlossen sich diesem Protest im Namen des k. u. k. Armeeoberkommandos, der bulgarischen Obersten Heeresleitung und der Osmanischen Armee an.

Auf Vorschlag des Volkskommissars für auswärtige Angelegenheiten Trotzki wurde nunmehr die Sitzung unterbrochen.

Die deutsche Waffenstillstands-Kommission in Dünaburg.

Die Mitglieder der deutschen Waffenstillstands-Kommission in Dünaburg überschritten am 25. 12. 17 die russischen Stellungen auf der Chaussee Kowno-Dünaburg. Sie wurden hier von Vertretern der russischen Militär- und Zivilbehörden empfangen und fuhren nach Dünaburg. Die Waffenstillstands-Kommission Dünaburg ist in ihrem Bereiche, d. h. von der Ostsee bis zur Düna, in erster Linie für die Bearbeitung aller militärischen Fragen zuständig. Aber auch Fragen aus dem Gebiet des Post- und Eisenbahnverkehrs bildeten bereits Gegenstand der Erörterungen. Infolge von Besprechungen der deutschen Kommission mit Vertretern der russischen Eisenbahnbehörden konnten bereits auf deutscher Seite örtliche Konferenzen von Offizieren und Eisenbahnfachleuten beider Staaten zwecks beschleunigter Wiederherstellung und Inbetriebnahme der Strecke Wilna-Dünaburg stattfinden. Die Verhandlungen werden beiderseits in entgegenkommendster Weise geführt. Die russischen Behörden in Dünaburg sind sichtlich bestrebt, unsere Feldgrauen in Dünaburg vergessen zu machen, daß sie sich in Feindesland befinden. Vorsitzender des deutschen Teils der Kommission ist Generalmajor Weidner, des russischen Teils Herr Spilrenek.

Die Russen bleiben in Brest-Litowsk.

In der gestern vormittag abgehaltenen Sitzung erklärte sich die russische Delegation bereit, die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk fortzusetzen. Ferner stellte sie fest, daß die vom Wolff-Bureau veröffentlichte Darstellung über den Verlauf der Sitzung vom 28. Dezember dem tatsächlichen Hergang entspricht. Die von der russischen Telegraphen-Agentur verbreitete Nachricht über den Verlauf dieser Sitzung wurde russischerseits als unrichtig bezeichnet.

„Das Jahr der Entscheidung."

Der Kampf im Westen.

Kürzlich hielt der Major im Generalstab der Armee v. Olberg, Chef der Oberzensurstelle im Kriegspressearmt, in der Abteilung Berlin-Charlottenburg der Deutschen Kolonialgesellschaft einen Vortrag über die Entwicklung der militärischen Lage im vierten Kriegsjahr. Mit Spannung lauschten die zahlreich erschienenen Hörer der Schilderung der Erfolge Deutschlands und seiner Verbündeten aus berufenem Munde. Zum Schluß führte der Redner aus: Sei 1917 das Jahr der Vergeltung gewesen, so folge nunmehr das Jahr der Entscheidung. Die Front von Flandern bis Venetien sei die Entscheidungsfront. Dorthin müßten wir unsere Herzen richten, und unsre Augen losreißen von den augenblicklichen Friedensverhandlungen im Osten, denn deren Ausgang sei militärisch bedeutungslos. „Heute haben wir den Rücken frei und die Reserven zur Verfügung, die uns 1914 fehlten, als wir Ostpreußen vor dem Einbruch der Feinde schützen mußten." Der große Schlag kann erfolgen; dann gnade Gott, Albion! Wann und wo das geschehen würde, sollten wir getrost Hindenburg überlassen, der uns durch Sieg zum Frieden führen würde. Unter lebhaftem Beifall schloß der Redner mit dem Kaiserwort, daß, wenn die Feinde den Frieden nicht wollen, wir mit blitzendem Schwert die Pforte einschlagen müßten bei denen, die den Frieden nicht wollen.

Wilsons Kriegsziele.

Die Behandlung Deutschlands.

Bereits in unserer gestrigen Nummer haben wir den größten Teil der Botschaft des Präsidenten der Vereinigten Staaten, Wilson, über die Kriegsziele Amerikas wiedergegeben. Es liegt nunmehr der Schluß der Rede vor. Er lautet:

Wir wollen Deutschland nicht schaden oder ihm, was seinen rechtmäßigen Einfluß oder seine Machtstellung anbelangt, im Wege stehen. Wir wollen es auch nicht mit den Waffen oder durch feindselige Handelsverträge bekämpfen, wenn es bereit ist, sich mit uns und den anderen friedliebenden Nationen der Welt zu Vertragsbedingungen von Recht und Rechtlichkeit sowie Billigkeit zu vereinigen. Wir wünschen nur, daß es einen Platz der Gleichheit unter den Völkern der Welt einnehme, anstatt einen solchen der Herrschaft.

Ebenso nehmen wir uns nicht heraus, irgend eine Abänderung seiner staatlichen Einrichtungen zu verlangen. Aber es ist, wie wir offen bekennen müssen, notwendig, und zwar, als Vorbedingung für einen Meinungsaustausch mit ihm, daß wir wissen, für wen seine Unterhändler sprechen, wenn sie zu uns sprechen, nämlich, ob für die Reichstagsmehrheit oder die Militärpartei bzw. für die Leute, deren Glaubensbekenntnis imperialistische Vorherrschaft ist. Wir haben nun sicherlich in Ausdrücken gesprochen, die zu bestimmt sind, um irgend einen weiteren Zweifel oder eine weitere Frage zuzulassen. Der sittliche Gipfelpunkt dieses größten und letzten Krieges für menschliche Freiheit ist erreicht worden und das amerikanische Volk ist bereit, seine ganze Stärke, sein höchstes Streben, seine Unversehrtheit und Hingebung einzusetzen.

Deutsche Greuel gegen Amerikaner.

Ein amerikanischer Bericht.

Die Londoner „Morningpost" vom 29. Dezember erfährt aus Washington, der amerikanische General Pershing habe amtlich kundgegeben, daß die Deutschen einem amerikanischen Gefangenen die Kehle durchschnitten hätten. Er wollte Truppen und Land mit der deutschen Barbarei bekannt machen. Man habe in Amerika Greuelnachrichten niemals geglaubt, hier aber sehe man sich einer unbestreitbaren Tatsache gegenüber. Die Amerikaner hätten genügend Erfahrung im Kampfe gegen Wilde, um auch mit den Deutschen fertig zu werden. In langen Kriegen hätten sie erkannt, daß der beste Indianer der tote Indianer sei. Sie würden auch wissen, welches der beste Deutsche sei.

Soweit der Bericht des Amerikaners. Die Behauptung, daß Greuelnachrichten in Amerika niemals geglaubt wurden, ist überraschend. Wer amerikanische Zeitungen und amerikanische Stimmungen im Weltkriege kennen lernte, weiß, daß keine Greuelnachricht dumm genug war, um nicht von den amerikanischen Zeitungen gedruckt und vom amerikanischen Publikum geglaubt zu werden. General Pershing ist für seine Behauptung den Beweis schuldig geblieben. Er wird ihn nie erbringen. Immerhin, die Amerikaner haben die Absicht, ihre Erfahrungen im Kampfe mit Wilden zu verwerten, vielleicht werden sie auch die Erfahrungen aus den Freiheitskriegen gegen die Engländer benutzen. Man erinnert sich, daß die Kämpfe von 1812 von den Briten mit unbeschreiblicher Wildheit und tierischer Grausamkeit geführt wurden. Die Engländer verbanden sich damals mit den Rothäuten und setzten einen Preis von 2 Dollars auf jeden amerikanischen Skalp, ganz gleich, ob von Männern, Frauen oder Kindern. Die Stadt Detroit wurde eingeäschert, die Einwohner wurden geschlachtet. Fort Dearborn wurde erobert, die Besatzung niedergemacht, die Ansiedler wurden auf englische Anstiftung skalpiert, an Holzpfähle gebunden und lebendig verbrannt. Die Amerikaner gedenken also im Stile dieser Kriege und getreu der Auffassung, daß der beste Feind der tote Feind sei, zu kämpfen. Die Deutschen besiegen seit 3½ Jahren die Neger, Gurkas und alle anderen wilden Völkerschaften, die für „Recht, Freiheit und Kultur" kämpfen, sie scheuen auch den Kampf mit den Amerikanern nicht.

Amerikanische Hetzarbeit.

Eine Meldung des amerikanischen Hauptquartiers aus Frankreich, die Reuter weitergibt, will von vollständig vertrauenswürdiger Seite erfahren haben, daß die Deutschen beabsichtigten, die amerikanischen Gefangenen planmäßig schlechter zu behandeln als die britischen, französischen und italienischen Gefangenen. Sie stützt sich auf eine angeblich amtliche deutsche Erklärung, daß die Amerikaner schwer von Begriff und nicht imstande seien, sich anständig und gesittet aufzuführen. Eine solche amtliche Erklärung ist nie erlassen worden. Die amerikanischen Gefangenen werden genau so schonend und rücksichtsvoll behandelt wie alle anderen Gefangenen. Die vollständig vertrauenswürdige Seite, auf die das amerikanische Hauptquartier sich beruft, dürfte in jenen Kriegshetzern zu suchen sein, die gleichgültige amerikanische Volkskreise mit allen Mitteln zu wildem Deutschenhaß aufzustacheln suchen.

Die Zukunft unserer Kolonien.

Äußerungen des Staatssekretärs Solf.

In einem Briefe an die Halbmonatsschrift „Das neue Deutschland" hat Staatssekretär Dr. Solf über die Zukunft unserer Kolonien sich wie folgt geäußert: „Unser koloniales Programm habe ich in öffentlichen Reden dahin umschrieben: Wiedererlangung der alten Schutzgebiete und ihre Ausgestaltung zu einem widerstandsfähigen und wirtschaftlich leistungsfähigen Gebilde, bei gleichzeitiger Verhinderung der dem europäischen Frieden von der geplanten Militarisierung Afrikas drohenden Gefahr. In dieser Formulierung sind die hauptsächlichsten Gründe für die Fortführung unserer Kolonialpolitik angedeutet. Sie sind zum Teil machtpolitischer Natur: Wir müssen einen Anteil an den Herrschaftsgebieten außerhalb Europas haben, wenn wir nicht gegenüber den sich immer mehr festigenden Weltreichen auf die Stufe der kleineren Mächte hinabgleiten wollen, und wir müssen durch eigenen Besitz, besonders in Afrika, der durch diesen Krieg deutlich gewordenen Gefahr vorbeugen, daß künftige Kriege gegen uns mit Massenheeren niederer Rassen geführt werden. Zum anderen Teil liegen die Gründe, die uns zur Fortsetzung unserer kolonialen Betätigung zwingen, auf wirtschaftlichem Gebiete. Daß wir uns einen ausreichenden Anteil an den unserem Wirtschaftsleben unentbehrlichen Rohstoffen sichern müssen, wird mit jedem Tag auch dem Zweifler klarer! Unsere Feinde drohen offen mit der Rohstoffsperre. Selbst wenn es uns gelänge, diese Drohung im Friedensschlusse abzuwenden, so blieben wir ohne die Möglichkeit der Beschaffung eines Teils der notwendigsten Rohstoffe in eigenen Gebieten, doch dauernd auf die Gnade fremder Mächte angewiesen. Deshalb kann uns auch die offene Tür und der freie Handel in den überseeischen Ländern bei allem Wert, den wir ihnen auch künftig beilegen werden, allein nicht genügen. Wir denken unsererseits nicht an eine Absperrung der Kolonien gegen den fremden Handel, wie wir denn auch im Gegensatz zu Franzosen und Portugiesen eine unterschiedliche Behandlung fremder Personen und Waren in den Schutzgebieten bisher nicht gekannt haben."

Die wirtschaftliche Annäherung der Mittelmächte.

Vertrauliche Beratungen des Hauptausschusses.

In der letzten vertraulichen Beratung der wirtschaftspolitischen Fragen mit Ausland im Hauptausschuße des Reichstags ging der Ausschuß zur Besprechung des wirtschaftlichen Verhältnisses zu Österreich-Ungarn über.

Abg. Dr. Mayer-Kaufbeuren (Zentr.) behandelte eingehend die Frage der handelspolitischen Beziehungen zu Österreich-Ungarn. Seine Ausführungen wurden für vertraulich erklärt. Er fragte u. a., ob und inwieweit die Behauptungen des Dr. Heim in seinem bekannten Artikel: „Eine schlimme Botschaft" begründet seien. Ferner fragte er, ob es denn wirklich schon — wie er nicht annehme — zu festen zollpolitisch-landwirtschaftlichen (freihändlerischen) Abmachungen gekommen sei. Könne es, sagte er, erklärt werden, daß Vertreter der beteiligten Interessenten, insbesondere der bayerischen Landwirtschaft, vorher rechtzeitig vernommen werden sollen?

Unterstaatssekretär des Reichswirtschaftsamts Freiherr v. Stein erwiderte u. a.: Die Verhandlungen mit Vertretern der österreichisch-ungarischen Regierung über eine wirtschaftliche Annäherung hätten bisher einen lediglich vorläufigen Charakter gehabt. Eine Entschließung oder Bindung der deutschen Regierung sei noch in keiner Hinsicht erfolgt. Bevor eine Entschließung erfolgte, werde mit Vertretern der beteiligten Kreise — also auch der Landwirtschaft eine Fühlung genommen werden, und dies sei schon für die nächste Zeit in Aussicht genommen. Von einer Schädigung der Interessen der deutschen Landwirtschaft, wie sie Dr. Heim in dem genannten Artikel als vollzogene Tatsache hinstellte, könne sonach nicht die Rede sein.

Die Friedensforderungen der Griechen.

Gerechte Forderungen.

Die in der Schweiz erscheinende „Agence Hellénique" schreibt: Unbeklimmert um Personen und Parteien können und dürfen wir im Namen aller Griechen verlangen, daß die Kriegführenden in bezug auf Griechenland auf der Grundlage der Punkte 1 und 2 der russischen Vorschläge handeln. Griechenland als selbständiger europäischer Kulturstaat hat das Recht, entsprechend den angekündigten Prinzipien einen gerechten Frieden zu fordern: 1. Räumung des griechischen Gebietes vor Beginn der allgemeinen Friedensverhandlungen, damit das Volk seine Meinung über sein Schicksal durch seine wirklichen Vertreter äußern kann; 2. die Wiederherstellung seiner Selbstständigkeit und Unabhängigkeit, die Annullierung aller Schutzverträge, die ihm einen unerträglichen Zwang auferlegen und es zu einem Protektorat fremder Mächte herabsetzen; 3. die Berücksichtigung der griechischen Interessen bei allen Verhandlungen über Fragen des Balkans und des näheren Orients; 4. die Wiedergutmachung aller Kriegsschäden, die ihm die Kriegführenden bis zum heutigen Tage durch Interventionen, Neutralitätsverletzungen, Landungen, Besatzungen und Revolutionen angerichtet haben. Das würde keineswegs den Forderungen des Punktes 5 der russischen Vorschläge widersprechen, denn Griechenland darf trotz der Politik des Herrn Venizelos, der keineswegs als der befugte Vertreter des griechischen Volkes gelten kann, nicht zu den kriegführenden Staaten gerechnet werden. Griechenland ist vielmehr der einzige Land, das ohne eigene Mitschuld unter den Folgen einer Politik der Rücksichtslosigkeit seitens fremder Mächte leiden muß, obwohl es nur den Frieden und die Ruhe wünscht.

Was hier gesagt ist, kann man Punkt für Punkt unterschreiben. Hoffentlich gelingt es dem Griechenvolke, diese Forderungen durchzusetzen.

Ein interessanter Austausch.

„Emden"-Kapitän v. Müller ausgetauscht.

Der erste Transport der deutschen Austauschgefangenen aus England auf Grund des Abkommens vom 2. Juli 1917 trifft voraussichtlich Ende dieser Woche in Holland ein. Unter ihnen wird sich der Kommandant des deutschen Kreuzers „Emden", Fregattenkapitän Karl v. Müller, befinden.

Kapitän v. Müller, ist neben Weddigen, dem Vernichter der englischen Kreuzer „Hawke", „Cressy", „Aboukir" und „Hogue", als U-Boot-Kommandant zu besonderer Volkstümlichkeit gelangt. Seine kühnen Kreuzfahrten mit der „Emden" waren monatelang in aller Mund. In indischen Gewässern hat die „Emden" unter seinem Kommando allein gegen 100000 Tonnen feindlichen Schiffsraums versenkt und später die Petroleumtanks von Madras in Brand geschossen und den russischen Kreuzer „Scheintschug" und den britischen Zerstörer „Mousquet" bei Penang vernichtet. Am 9. November 1916 ist dann die „Emden" bei den Kokosinseln den weittragenden Geschützen des größeren australischen Kreuzers „Sidney" nach zehnstündigem heldenhaften Kampfe erlegen. Kapitän v. Müller selbst wurde verwundet und geriet in Gefangenschaft. Deutschland wird ihn bei seiner nunmehr erfolgenden Rückkehr aus England als einen seiner tapfersten erfolgreichsten Seehelden empfangen.

Kleine politische Meldungen.

Graf Hertling im Herrenhause. Am 15. Januar tritt das Herrenhaus zu einer kurzen Tagung zusammen, um das Wohnungsgesetz und einige kleinere Vorlagen zu erledigen. Der Reichskanzler Graf Hertling wird voraussichtlich die Gelegenheit wahrnehmen, sich der ersten preußischen Kammer vorzustellen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß einige Mitglieder der Rechten sich auf einen Antrag einigen werden, der über die schwebenden politischen Fragen Auskunft vom Ministerpräsidenten verlangt.

Der preußische Landtagsabgeordnete Excellenz Jordan von Rybcher ist auf seinem Gute Winzelberg (Kreis Gardelegen) gestorben. Er war früher Präsident des Abgeordnetenhauses.

Versenkt. Das Reutersche Bureau meldet amtlich: Das englische Hospitalschiff Rewa ist torpediert worden, es sank am 4. Januar gegen Mitternacht im Mittelkanal auf dem Heimwege von Gibraltar. Alle Verwundeten wurden auf Patrouillenschiffe gerettet. Die Verluste betragen drei Mann der Besatzung, drei Kaffern werden vermißt. Das Schiff fuhr mit allen Lichtern und den durch die Haager Konvention vorgeschriebenen Abzeichen. Es befand sich nicht in dem sogenannten Sperrgebiet, wie es in der Erklärung der deutschen Regierung vom 29. Januar 1917 festgelegt worden ist. — Da die U-Boote, die hier in Frage kommen könnten, zur Zeit noch in See sind, können sich die zuständigen Stellen, wie wir hierzu erfahren, noch nicht abschließend äußern. Es wird von unterrichteter Stelle aber für ausgeschlossen gehalten, daß das Schiff durch ein Unterseeboot torpediert worden ist. Demnach kann nur eine Versenkung durch Minen in Frage kommen.

Aufgebracht! Die Niederländische Telegraphen-Agentur meldet, daß der Segler De Hoop, der von Amsterdam nach Hull mit einer Ladung Dumpem unterwegs war, nach Emden aufgebracht worden ist.

Militärisches Eingreifen Brasiliens? Die „Basler Nachrichten" melden aus Paris: Wie den Pariser Blättern aus Rio de Janeiro gemeldet wird, kündigte der brasilianische Minister des Aeußern in einer Erklärung zur Versenkung des Schiffes „Tapuary" die Intervention Brasiliens in Europa an. — Wir können dem jedenfalls mit Gelassenheit entgegensehen.

Ein Schweizer Protest an Frankreich. Eine amtliche Meldung besagt: Da die Untersuchung betreffs der über Rolinsch abgeworfenen Bomben ergab, daß es sich um Sprengbomben gleicher Art handelt, wie diejenigen von Brunrut, Mathern und Wiesglen, wurde der Schweizer Gesandtschaft in Frankreich beauftragt, der französischen Regierung eine Note zu überreichen, worin nachdrücklich und in aller Form gegen derartige Handlungen protestiert wird, und die dringlich auf vollständige Unterdrückung solcher Verletzungen des Schweizer Gebietes sowie auf Bestrafung der Schuldigen dringt.

Sitzung des Litauischen Landesrates. Dienstag fand, in Anwesenheit des Verwaltungschefs Oberst eine Sitzung des Litauischen Landesrates in Kowno unter dem Vorsitz des Präsidenten Dr. Sweptona statt. Es wurde eine Reihe wichtiger Tagesfragen besprochen.

Jubel in Finnland. Wie die Petersburger Telegraphen-Agentur meldet, ist die Stadt Helsingfors aus Anlaß der Anerkennung der Unabhängigkeit Finnlands beflaggt. Der Hauptausschuß der sozialdemokratischen Partei wünscht, den russischen Genossen seine Dankbarkeit auszudrücken und schlägt eine festliche Veranstaltung vor, zu der Vertreter aus Rußland erwartet werden. Ein Erlaß setzt die unverzügliche Einsetzung eines revolutionären Gerichtshofes fest.

Allrussische Bauernrepublik. Der dritte Bauernkongreß Allrußlands wird am 13. Januar eröffnet werden. Auf diesen und auf den am 18. Januar zusammentretenden Kongreß der Arbeiter- und Soldatenabgeordneten wird über die Befestigung der Gewalt der Räte der Soldaten, Arbeiter und Bauern, sowie über die Lösung aller durch die Revolution aufgeworfenen, grundlegenden Fragen verhandelt werden. — Die russischen Volkskommissare haben beschlossen, alle Auszahlungen von Dividenden von Privatunternehmungen einzustellen und auch den Handel in Aktien so lange zu verbieten, bis der Regierungserlaß über die weitere Nationalisierung der Erzeugung erlassen ist.

Amerikas Schiffsraumnot. Nach holländischen Blättermeldungen aus Washington teilte der Präsident der New Shipbuilding Company, Ferguson, der Handelskommission des Senates mit, daß man seiner Schätzung nach in diesem Jahre nur 3 Millionen Tonnen bauen könne und nicht, wie gehofft, 8½ Millionen Tonnen.